

Beilage zu Nummer 5 der Volksstimme.

Freitag den 7. Januar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 7. Januar 1916.

Die Höchstpreise für Wild.

Vor einiger Zeit wurden für die hauptsächlichsten Wildsorten Höchstpreise für den ersten und zweiten Verkauf festgesetzt. Sie haben neuerdings einige wenige Abänderungen erfahren. Die Folge war zunächst die, daß noch weniger Wild nach den Städten kam als vorher und daß eine gewisse Knappheit eintrat, wie man auch bei anderen Produkten des täglichen Bedarfs nach Festsetzung von Höchstpreisen beobachten konnte. Wer zur Weihnachts- oder Neujahrszeit in unsere Markthallen kam, der konnte sich überzeugen, daß fast kein Wild vorhanden war.

Man darf wohl nicht ausnehmen, daß weniger Wild abgeschossen wurde als vormals, auch nicht, daß der eigene Bedarf der Jäger urplötzlich so gewachsen wäre, daß für die Allgemeinheit weniger übrig blieb als früher. Die Ursache muß wohl in der Tatsache der Festlegung von Höchstpreisen beim ersten Verkauf, also vom Jäger an die Händler, gesucht werden. Die Jäger, die zum allergrößten Teil die Jagd zu ihrem Vergnügen ausüben, also kein Geschäft daraus ziehen sollen, waren mit den ihnen im Interesse der Bevölkerung festgesetzten Verkaufspreisen unzufrieden. Die Preise waren ihnen zu niedrig, obwohl sie höher sind, wie in Friedenszeiten. Aber auch die Jäger wollen in diesen Kriegsjahren mehr verdienen. Das geht auch aus Mitteilungen hervor, die einzelne Jägervereinigungen schon vor Festlegung der Höchstpreise zu dem Zweck an die Großhändler gerichtet hatten, um einen Druck auf sie auszuüben. Die Regierung ist ihnen dann zugekommen und hat die Preise auf ein erträgliches Maß reduziert. Die Folge davon war, wie gesagt, daß weniger Wild in die Städte wanderte. Die Jäger haben einfach ihre Beute von den Städten ferngehalten.

Man wird nun fragen, wo denn das abgeschossene Wild geblieben ist. Die Frage läßt sich leicht beantworten, meint die „Frankf. Ztg.“. Die ländliche Bevölkerung hatte eine reiche Ernte und erzielte gute Preise. Sie ist kaufkräftiger als früher, und da erhöhte Fleischpreise zum Teil ja ebenso auf dem Land gelten wie in der Stadt, geht man in der Annahme nicht fehl, daß ein großer Teil des erlegten Wildes unmittelbar am Abschussort oder doch in seiner unmittelbaren Nähe vertrieben ist. Die Jäger erhielten auf diese Weise Höchstpreise, sparten Frachtposten und verringerten überdies die Unzulänglichkeiten, die sie gehabt hätten, wenn sie das Wild der Stadt zugeführt hätten, auf ein Minimum. Ferner dürften die Jäger außerdem direkt an größere Verbraucher, Gastwirtschaften und Hotels, geliefert haben und liefern. Hier wie dort kommen sie nicht zu kurz. Aber den Schaden hatte das Großstadtpublikum, für das in den Hauptjagdmontaten recht wenig Wild übrig geblieben ist. Deshalb wäre es wohl richtiger gewesen, die Regierung hätte auch den Verkauf des Wildes anders organisiert. Denn es zeigt sich immer wieder, daß wir ohne Planung nicht auskommen, weil einzelne Leute bei dem viel gepredigten Durchhalten immer mehr an sich als an die Allgemeinheit denken. Statt dessen ist die Regierung auch hier in den Fehler verfallen, die Höchstpreise zu erhöhen.

Das Verhalten der Jäger ist umso mehr zu tadeln, als sie wahrlich nicht behaupten können, Futterkosten und anderes seien im Preise gestiegen. Hier ist frasse Gewinnsuche; die Triebfeder des Handelns.

Der „Rheinischer“ veröffentlicht eine Verordnung betr. Abänderung einiger gesetzlichen Bestimmungen über die Schonzeiten des Wildes und den Verkehr mit Wild aus den angeschlossenen Wildgärten. Danach werden die Oberpräsidenten u. a. ermächtigt, nach einer vorhergehenden Prüfung des Bedürfnisses für den Umfang der Provinzen oder einzelne Teile derselben im Jahre 1916 den Beginn der Schonzeit für Hasen auf den 1. Februar, für Fasanenformen auf den 1. März festzusetzen.

Dem Großstadtpublikum wird diese Verordnung wenig nützen. Wertzuwachssteuer. Ein hiesiger Architekt hat verschiedene Grundstücke erstanden, die zu einem Grundstück vereinigt und dann zwei Teilparzellen davon verkauft. Seinem Einkommen wider die daraufhin von ihm angeforderte Wertzuwachssteuer hatte er es zu danken, wenn zunächst der angeforderte Betrag auf zusammen 3173 Mark 50 Pfennig ermäßigt wurde. Auch damit ist er jedoch nicht zufrieden, weil er zwischen den einzelnen Grundstücksanteilen Unterschiede macht, und was er für eine Strafanlage absetzen hat, in Anrechnung gebracht haben möchte. Zunächst hat der Bezirksausschuß gegen ihn entschieden, vom Oberverwaltungsgericht aber ist das betreffende Urteil wieder aufgehoben worden, unter Feststellung der neuen Normen, nach denen der Wertzuwachs zu berechnen ist. Ein Zufall nun will es, daß die Stadt auf Grund der neuen Berechnung auf den Pfennig zu demselben Ergebnis wie früher kommt, nach der Behauptung des Beteiligten infolge irriger Annahmen. Seine Klage aber wurde auch gestern vom Bezirksausschuß abgewiesen und die Anforderung in der angegebenen Höhe für berechtigt erklärt.

Kartoffelverförmung. Wir machen auf die Bekanntmachung bezüglich der Kartoffelverförmung in der vorliegenden Nummer aufmerksam und weisen darauf hin, daß die Stadtverwaltung Bestellungen zum Eindecken von Kartoffeln für den Winter nur noch bis zum 20. Januar entgegennimmt, da sie von dieser Zeit an über den verbleibenden Rest anderweitig verfügen wird. Weitere Bestellungen wird die Stadt erst nach der Frostperiode, also im März, entgegennehmen können.

Residenz-Theater. Am Samstag, abends 7 Uhr und am Sonntag um 10 Uhr kommt das humor- und dabei auch sehr gemüthvolle Volksstück „Wo die Schwaben wohnen“, das vom Hamburger Thalia-Theater mit glänzendem Erfolge seinen Siegeslauf über die deutschen Bühnen angetreten hat, zur Aufführung. Am Sonntag nachmittags findet eine einmalige Aufführung zu halben Preisen von dem musikalischen Schwanke „Die Schöne vom Strande“ statt.

Verachtung der fleischlosen Tage. Der Regierungspräsident in Wiesbaden erlaubt erneut alle privaten Haushaltungen um Einhaltung der beiden fleischlosen Tage in der Woche. Es habe festgestellt werden müssen, daß die Aufforderung zur Einhaltung der fleischlosen Tage noch nicht überall die nötige Beachtung findet. Selbst in den Kreisen der Bevölkerung, bei denen ein starkes Pflichtgefühl mit Recht vorausgesetzt werden darf, werden die beiden fleisch- und fettlosen Tage noch nicht immer eingehalten.

Dele zu technischen Zwecken. Der Bundesrat hat eine Verordnung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken erlassen. Die Verordnung bezweckt, in Ergänzung bereits erlassener Verordnungen, die Verwendung der für die menschliche Ernährung in Betracht kommenden Öle und Fette zu technischen Zwecken zu beschränken.

Aus den umliegenden Kreisen.

Viel Lärm um nichts.

Genosse Hr. beginnt seine Antwort auf meine Erklärung in Nr. 2 der „Volksstimme“ mit der Behauptung: daß es mir bei meiner Haltung in der Abstimmung über die Kriegsforderungen am 21. Dezember v. J. mehr auf die allhergebrachte Abstimmungsmethode, als auf „das Prinzip“ ankam. In meiner Erklärung bin ich auf „das Prinzip“ mit keinem Wort eingegangen, sondern nur auf die Abstimmungsmethode. Deshalb ist mir hierauf beschränkt habe, hätte doch Genosse Hr. herausfinden können, selbst wenn ich es nicht ausdrücklich in der Erklärung gesagt hätte, — nämlich deshalb, weil sich der Gegensatz zwischen mir und dem Kreisvorsitzenden nur hierauf bezieht und es mir nicht darauf ankam, unnötige Worte zu machen, sondern einzig und allein darauf, den Genossen mitzuteilen, aus welchem Grunde ich nicht den Wunsch des Kreisvorsitzenden und der mit ihm übereinstimmenden Genossen erfüllen konnte.

Genosse Hr. hat freilich den Grund noch immer nicht erkannt. Er fragt mich von neuem, ob es nicht gerade mit Rücksicht auf die Festigkeit und Geschlossenheit der Partei richtiger gewesen wäre, wenn sich auch die 23 Genossen, die bei der Abstimmung den Saal verlassen hatten, jenen 20 Genossen angeschlossen hätten. Ich kann dem Genossen Hr. nur empfehlen, noch einmal meine Erklärung in Nr. 2 der „Volksstimme“ zu lesen, um daraus die Antwort zu entnehmen. Gelingt dies ihm auch dann nicht, na, dann kann ich ihm halt nicht helfen.

Selbstverständlich bin ich aber gerne bereit, jedem Genossen, also auch dem Genossen Hr., Red' und Antwort über „das Prinzip“ zu geben. Nur muß er sich etwas genauer ausdrücken, welches Prinzip er meint. Nahe liegt es, daß er die Grundsätze unseres Parteiprogramms meint. Die lasse ich, wie Genosse Hr. weiß, so auf, daß ich mich bei der Abstimmung am 21. Dezember v. J. für verpflichtet hielt, mich gegen die Kriegsforderungen zu erklären. Hierin stimmt doch, wenn wir von der Art meiner Abstimmung absehen, Genosse Hr. mit mir überein. Dennach kommt es mir in der Sache selbst genau so viel an „das Prinzip“ an, wie dem Genossen Hr. Das müßte doch gerade dem Genossen Hr. genügen.

Jetzt zur Abstimmungsmethode. Genosse Hr. hält mir vor: Es war bis zum Kriegsausbruch immer der Stolz und die Stärke der Partei, das, was sie im Interesse des Proletariats für richtig erkannte, ohne Rücksicht auf politische Gegner unabweisend auszusprechen. ... Bodur wurden große Organisationen, Cepern und Vegetation für die Sache des Sozialismus nach gehalten? Durch das Vertrauen der Massen, daß die Sozialdemokraten genau so reden, wie sie es meinen, und genau so handeln, wie sie immer gerade haben. Es war das kluge Vertrauen, daß es bei den Führern des Proletariats keinen Unterschied zwischen Reden und Taten gibt.

Derselbe Genosse, der dies als eine Tatsache hervorhebt, die „bis zum Kriegsausbruch“ bestanden hat, hat aber kurz vorher mit ausgestanden, daß meine Art der Abstimmung „die allhergebrachte Abstimmungsmethode“ sei; demnach habe ich gerade die gute, Heberlieferung der Partei auch jetzt während des Krieges hochgehalten: die gute Heberlieferung, bei der der Stolz und die Stärke der Partei, der Cepern und die Vegetation und das Vertrauen der Genossen sich so gut entwickelt haben. Wie paßt dies zu der furchtbaren stillen Entrüstung des Genossen Hr. über meine Art der Abstimmung?

Über Genosse Hr. hat nicht nur mit der Begründung dieser Vorwürfe gegen mich unredlich, sondern die Vorwürfe selbst treffen nicht zu. Mein Wunsch, der Zeitungen liegt, ist im unklaren, daß ich mich durch meine Abwesenheit bei der Abstimmung gegen die Kriegsforderungen erklärt habe. Das haben die Zeitungen stets unter Anerkennung des Namens ausdrücklich festgestellt. Obgleich ich habe ich niemals die Gründe für mein Verhalten verheimlicht. Ich habe sie vielmehr in vielen Reden und in einer ganzen Reihe von Zeitungsartikeln dargelegt, die entweder mit meinem Namen gezeichnet waren oder in dem Blatt erschienen sind, für das ich verantwortlich bin. Ebenso habe ich alles getan, um es zu ermöglichen, daß wir, die gegen die Kriegsforderungen sind, die Gründe dafür im Reichstag darlegen können. Ich bin in der Fraktion hierfür eingetreten und habe, als dies abgelehnt wurde, an der Erklärung mitgearbeitet, die für die Veröffentlichung in der Presse bestimmt war; ich habe dann, als Genosse Haase in der Besprechung unserer Friedensinterpellation im Plenum des Reichstages Gelegenheit hatte, zur Geschäftsordnung in der schärfsten Weise die Eroberungsbestrebungen zu bekämpfen, dem zugestimmt und die Erklärung, die in demselben Sinne abgelehnt ist, mit den anderen 23 Genossen der Opposition unterzeichnet. Auch dies ist unter Anerkennung der Namen in der Presse bekanntgegeben worden. Kurz, ich habe mitgewirkt, daß wir „ohne Rücksicht auf politische Gegner“ überall, also auch im Reichstag, unsere Ansichten unabweisend auszusprechen konnten, soweit dies nach meiner Überzeugung und Beschaffenheit der Festigkeit und Geschlossenheit der eigenen Partei möglich ist.

Aber auch in bezug auf meine Stellung zur Festigkeit und Geschlossenheit der Partei hat sich Genosse Hr. ganz unbedeutendweise ereifert. Er versichert, daß er die Einheit der Partei nur auf der Grundlage des alten sozialistischen Programms wünscht. Ich sprach in meiner Erklärung von der Festigkeit und Geschlossenheit der Partei in der nahe Zeit, da aus der Mehrheit die Minderheit geworden ist und die neue Mehrheit für den von uns geforderten Frieden, gegen die Belastung des arbeitenden Volkes durch Verbrauchssteuern ufm. kämpft. In dies nicht eine Betätigung des alten sozialistischen Programms? Und als Genosse Hr. auf die Bestrebungen des Genossen Kold hinwies, hätte ihm vielleicht bei einigen ruhigen Nachdenken einfallen müssen, daß ich derartige Bestrebungen stets bekämpft habe und bekämpfe. Nur denke ich mir den Kampf etwas anders, als das wir, die einzig sind in dem sachlichen Gegensatz zu den Bestrebungen, uns herumzucken, ob die eine Abstimmungsmethode „ehrlicher“ sei als die andere, ob die eine oder andere Abstimmungsmethode eine „Tat“ oder „laut tönende Deklamationen“ sind.

Leider muß ich noch eine persönliche Bemerkung machen. Genosse Hr. fragt mich:

Wer war es, der diesen letzten Schritt der 23 Minderheitsvertreter (nämlich den Anschlag an das Vorgehen der 20 Genossen) mit allen Mitteln hintertrieb?

Der Zusammenhang ergibt, daß hierin ein Vorwurf gegen mich liegt. Ich wundere mich, daß Genosse Hr., der so erfüllt ist von der stillen Pflicht der Ehrlichkeit und offenen Sprache, nicht den Mut gehabt hat, den Vorwurf offen gegen mich auszusprechen. Auf den Vorwurf habe ich zu erklären, daß ich selbstverständlich auch unter meinen Fraktionskollegen meine Überzeugung geltend gemacht habe. Das ist doch nicht nur mein gutes Recht, sondern auch meine Pflicht. Wenn dem Genossen Hr. aber hinterbracht worden ist, daß ich mich dabei einer unlauteren Handlungsweise schuldig gemacht habe, dann ist er das Opfer einer Unwahrheit geworden. Der Zwischenträger hat es bisher nicht für nötig gehalten, mir ins Gesicht einen solchen Vorwurf zu machen. Ich darf wohl erwarten, daß Genosse Hr., nachdem er öffentlich den Vorwurf gegen mich erhoben hat, mir den Zwischenträger nennt, damit es mir möglich ist, den Nachweis zu liefern, daß der Vorwurf unberechtigt ist.

Gustav Hoch.

Prinzipielle Haltung oder taktische Leisteterei?

In der vorstehenden Erwiderung des Genossen Hoch kommt klar zum Ausdruck, daß er das Wesentliche meiner Ausführungen erfährt hat. In eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Kernfrage unseres Streites einzugehen — wie es Hoch und andere wünschen —, ist leider unter den heutigen Verhältnissen vollständig ausgeschlossen. Das hat auch Genosse Hoch als Redakteur seines Jahrbuches schon am eigenen Leibe verspüren müssen. Soviel ist jedoch sicher: Zwischen mir und dem Genossen Hoch bestehen auch Differenzen prinzipieller Natur hinsichtlich der Auffassung und der Auslegung des sozialdemokratischen Programms, auf das wir uns beide berufen; es ist nicht allein die Methode der Abstimmung, die uns trennt. Ich habe hierbei unsere grundsätzliche klare Stellung zum Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus, Bonapartismus und Krieg im Auge, über die in der Öffentlichkeit zu diskutieren augenblicklich unmöglich ist. Damit ist wohl die Frage, welches Prinzip ich im Auge habe — soweit heute angängig — erledigt.

Was nun die Bewertung des Abstimmungsmodus betrifft, so bin ich nach wie vor der Ansicht, daß es Aufgabe der Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag sein müßte, soweit sie wirklich aus prinzipiellen Überlegungen heraus Gegner der Kriegskreditbewilligung sind, dies auch im Plenum mit aller Deutlichkeit der Regierung und den bürgerlichen Parteien — einschließlich der Fraktionsmehrheit — mannhaft zu erklären. In einer Zeit, wo nur auf der Tribüne des Parlaments eine offene Sprache geführt und dem Willen der Massen nachdrücklich Ausdruck verliehen werden kann, dürfen unter keinerlei Umständen Rücksichten auf „allhergebrachte Abstimmungsmethoden“, die an und für sich nebenwärtlicher Natur sind, genommen werden, die jetzt aber, durch das planmäßige Vorgehen der Fraktionsmehrheit, die Minderheit durch einen Vertreter im Plenum nicht zu Worte kommen zu lassen, zu einer mehr oder minder prinzipiellen Frage geworden ist. Damit ist auch verständlich, daß ich die Art der Abstimmung des Genossen Hoch, der in seiner Erwiderung doch so großen Wert darauf legt, als gleichwertiger Minderheitsvertreter zu gelten, (sach) kritisiert. Von furchtbare stiller Entrüstung“ mirerseits kann keine Rede sein. Schon um deswillen nicht, weil seit dem 4. August 1914 ich monatelang in der Fraktion sowohl, als auch im Parlament, abgelehnt hat, über das man sich wohl noch wundern, aber nicht mehr entsetzen kann.

Zu der persönlichen Bemerkung des Genossen Hoch nur dies: Es ist mir nicht im Traume eingefallen, dem Genossen Hoch den Vorwurf einer unlauteren Handlungsweise zu machen. Meine Frage ging einzig und allein dahin: Wer hat in den Besprechungen der Minderheit in ganz offener Aussprache durch persönlichen Einfluß dahin gewirkt, daß die Minderheit der 23 Genossen sich nicht einhellig zum Eigenhischen zusammenfinden konnte? Wenn ich mich gelegentlich dieser Auseinandersetzung in der Presse um Auskunft an den Genossen Hoch wendete, so deshalb, weil mir die brennende Tätigkeit einzelner Genossen in der Minderheit, darunter auch die des Genossen Hoch, bekannt geworden war. Auf welche Weise ich zu dieser Kenntnis gelangte, tut wirklich nichts zur Sache. Hr.

Hoch, 7. Jan. (Großfeuer.) Heute nacht gegen 3 Uhr brach im alten Wasserwerk, einem etwa 50 Meter langen massiven Bau, in dem sich verschiedene Lagerräume befinden, Feuer aus. Der Dachstuhl und der dritte Stock ist zum großen Teil ausgebrannt. Die Ursache des Feuers konnte noch nicht festgestellt werden.

Unterlieberbach, 7. Jan. (Lebensmittelverkauf.) Am Samstag morgen von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr erfolgt wieder der Verkauf von Lebensmitteln im Rathaus. Es kommt zur Ausgabe nur an Unterlieberbacher Einwohner: Kartoffeln der Jentner zu 8,50 Mark und ein kleiner Breitschinken; geräucherter Speck das Pfund zu 2,10 Mark; Ruttel das halbe Pfund zu 1,35 Mark; Wachsen das Pfund zu 50 Pfennig; Reis das Pfund zu 55 Pfennig und Reiswurst das Liter zu 30 Pfennig. Der Reis darf bestimmungsgemäß nur an Minderbemittelte abgegeben werden. Die Bezugsscheine sind in der oben genannten Zeit bei der Gemeindefelle einzuweisen. Das Geld ist abgezählt mitzubringen. Die Ware kann sofort in Empfang genommen werden.

Gannau, 7. Jan. (Aktion. Parteigenossen!) Am Dienstag den 11. Januar, abends punkt 1/2 9 Uhr, findet im Saalbau, Kolleg 2, eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung: Vortrag über: „Sozialdemokratie und Parlamentarismus“. Angesichts des sehr wichtigen und lehrreichen Vortrages sollte jedes Mitglied, auch unsere Frauen, anwesend sein. Pflicht aller Genossen ist es, regen Anteil an unserem Parteileben zu nehmen. Jeder sei am Dienstag pünktlich zur Stelle und halte sich den Abend für die Mitgliederversammlung frei. Ohne Mitgliedsbuch als Legitimation kein Zutritt.

Gannau, 7. Jan. (Die Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“) werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Jugendabend nächste Woche am Montag den 10. Januar im Lokale „Zur Stadt Frankfurt“ stattfindet und nicht am Dienstag. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Niedergründau, 7. Jan. (Peter Prohmann f.) Wieder hat der Krieg einen der Besten dahingerafft. Der Vertrauensmann unserer Partei, Peter Prohmann, ist am 24. September 1915 durch einen Kopfschuß in Russland verwundet und am 28. Oktober an Typhus im Lazarett gestorben. Das Prohmann der Partei sowie der Arbeiterbewegung gewesen ist, wissen die zu schätzen, die seinen Umgang mit ihm hatten. Wir verlieren in ihm einen überzeugten und von seinen Kampfzielen klar durchdrungenen Genossen, der jederzeit seine ganze Kraft in den Dienst der Partei gestellt hat. Nun hat auch er sein Leben lassen müssen. Die Parteigenossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Kaiserslautern, 5. Jan. (Gemeindeverkefierung.) Zu einer dringlichen Sitzung wurden heute abend die Gemeindevorsteher zusammenberufen, um über die Erhöhung des Hundesteuerpreises zu beraten. Die hiesigen Waldbesitzer hatten die Arbeit eingestellt und forderten eine Erhöhung des Preises für Hundesteuer von 5.50 auf 6 Mark, da ein Tagelohn von 4 bis 4.50 Mark bei dieser schweren Arbeit in der jetzigen teuren Zeit zu niedrig sei. Der Bürgermeister gab bekannt, daß der Gemeinderat eine Erhöhung von 30 Pfennig nur in einem Distrikt genehmigen will, hingegen soll für die anderen Distrikte der Preis von 5.50 Mark bestehen bleiben, weil der Preis erst im Januar v. J. von 5 auf 5.50 Mark erhöht worden sei. Nach längerer Beratung wurde der Preis für alle Distrikte auf 5.50 Mark festgesetzt. Die Waldbesitzer werden nach Aussage des Schöffen W. Ernst die Arbeit wieder aufnehmen.

Neu-Humburg, 7. Jan. (Ein Firsch überfahren und getötet.) wurde gestern abend gegen 9 Uhr auf der Bahnstrecke Darmstadt-Neu-Humburg durch einen Güterzug. Das Tier scheint aus einem benachbarten Waldpark entwichen zu sein.

Erzhausen, 7. Jan. (Epidemie.) Hier ist eine schwere Scharlach-Epidemie ausgebrochen, der schon drei Kinder zum Opfer fielen.

Langen, 6. Jan. (Tödlicher Unfall.) Beim Tarnenabgeben fiel im Unterboden der Gemeindegasse der Landwirt Johann Ries aus dem Fenster auf beträchtlicher Höhe ab und war auf der Stelle tot. Die Leiche wurde erst nach längerem Suchen gefunden.

Darmstadt, 7. Jan. (Wegen Blutschand.) begangen an der etwa 21 Jahre alten Stieftochter, die, wie er angibt, heiraten wollte, wird der 54 Jahre alte Zimmermeister A. Deuser I. aus Erzhausen, ein Witwer, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Stieftochter erhielt einen Monat.

Kellerbach, 5. Jan. (Ein schwerer Unglücksfall.) dem ein russischer Kriegsgefangener zum Opfer fiel, ereignete sich dieser Tage auf der hiesigen Bahnstation. Der Russe war bei einem hiesigen Bürger zur Arbeit einquartiert und sollte am Bahnhof Kohlen verladen. Dabei kam der Soldat beim Rangieren eines Wagens zu Fall und wurde überfahren. Beide Beine wurden dem Bedauernswerten abgefahren, so daß der Tod bald darauf eintrat.

Weglar, 6. Jan. (Steigende Teuerung.) Die hiesige Regierung gibt heute im Amtsblatt bekannt, daß jetzt das Rind- und Ochsenfleisch pro Pfund 10 Pfennig mehr kostet. Eine Schraube ohne Ende!

Leihgeister, 7. Jan. (Schuldschluß wegen Epidemien.) Zum zweiten Male seit letztem Sommer mußten die Schulen wegen einer Diphtherie- und Scharlach-Epidemie geschlossen werden. Obwohl die Krankheiten mit großer Heftigkeit auftraten, haben sie glücklicherweise doch noch kein Opfer gefordert.

Wiesbaden, 6. Jan. (Unzuverlässige Personen.) Dem Heinrich Dah in Gießen, Lindenplatz 3, und der Witwe Katharine Guther in Steinbach bei Gießen, wurde vom Kreisaußschoß der Handel mit Butter, Käse und Eiern bis auf weiteres untersagt.

Dillenburg, 6. Jan. (Steuererhöhung.) Um den Ausfall an Steuererträgen auszugleichen, wurde die Kreissteuer durch den Kreistag von 7 auf 8 Prozent erhöht.

Ausbach (Rhön), 7. Jan. (Infolge zahlreicher Scharlach-Erkrankungen.) in hiesigen Orte wurde ein längerer militärischer Urlaubsverbot nach hier erlassen.

Siegen, 6. Jan. (Standesamtliches.) Im Jahre 1915 betrug der Geburtenrückgang in der Stadt Siegen 218. Die Ehe-schließungen sanken um 66, aber die Sterbefälle vermehrten sich um 194. Auch das sind Folgen des Krieges und erste Zeichen der Zeit.

Aus Frankfurt a. M.

Der Burgfrieden und der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe.

Vom Bauarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

Daß es nicht nur die Lebensmittelversteigerer sind, die den Burgfrieden stören und durch ihr Verhalten das sogenannte Durchhalten für die Bevölkerung erschweren, zeigt das Vorgehen des Verbandes baugewerblicher Unternehmer. Wie in anderen Orten und Betrieben, traten auch die Frankfurter Bauarbeiter im vorigen Sommer an die Unternehmer heran, um eine kleine Teuerungszulage zu erlangen. Der Arbeitgeberverband hatte vorher die von der Arbeiterorganisation gestellten Ansprüche abgelehnt. Eine Anzahl Unternehmer hatte nun trotzdem den Anträgen stattgegeben und bisher wöchentliche Zulagen von 1.50 bis 3 Mark gezahlt. Diese Disziplinlosigkeit mußte geraden worden. Um den Bauarbeitern die so schon bitteren Kriegswohnkosten noch trostloser zu gestalten, faßten die hochherzigen Männer vom Unternehmerverband den Beschluß, daß Teuerungszulagen nicht mehr gezahlt werden dürfen. Ausgerechnet am „heiligen Abend“ wurde den Bauarbeitern nachfolgendes Rundschreiben zugestellt:

Verband baugew. Unternehmer, G. S., Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., den 23. Dezember 1915.

An unsere Mitglieder!

Die am 22. Dezember 1915 einberufene außerordentliche Generalversammlung hat nach Bericht der Kommission über Teuerungszulagen folgende Entschlüsse gefaßt:

Die außerordentliche Generalversammlung läßt sich an das bei Kriegsausbruch zwischen den Zentralorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Verbände des Baugewerbes getroffene Abkommen gebunden, wonach während des Krieges die Tarifverträge bzw. die auf Grund der Vorschläge der Unparteiischen vereinigten Lohnfestsetzungen aufrechterhalten bleiben. Es sind daher Anträge der Arbeiter auf sogenannte Teuerungszulagen grundsätzlich, als gegen die tariflichen Bestimmungen verstoßend, abzulehnen.

Mitglieder, welche dennoch direkt oder indirekt solche Zulagen gewähren, verstoßen gegen die Bestimmungen und stellen sich insoweit außerhalb des Schutzes des Verbandes.

Mitglieder, welche direkt oder indirekt Zulagen an Arbeiter gewährt haben, sind verpflichtet, solche ab 1. Januar 1916 in Bezug auf Kommen zu lassen.

Weiter spricht die außerordentliche Generalversammlung ihr Bedauern darüber aus, daß einzelne Mitglieder des Bauarbeiterverbandes Frankfurt a. M. Offensichtlich entgegen den Beschlüssen des Deutschen Arbeitgeberverbandes Teuerungszulagen gewährt haben.

Um dem Arbeitermangel abzuwehren, beantragt die außerordentliche Generalversammlung den Ausschuß mit der Kriegsgefangeneninspektion in Verbindung zu treten.

Geschäftsbereich

Der Ausschuß: A. Lischer.

Es ist gewiß recht interessant, aus dem Rundschreiben zu hören, von welchen Motiven sich die Herren bei dem Verbot der Teuerungszulagen leiten lassen. Die Stadt Frankfurt hat



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Adam Keuchler, Ravalzhausen
Schloffer, infolge Verwundung am 15. Dezember 1915 im
Kriegsgebiet gestorben

Karl Wirbelauer, Bad Ems
Maurer, gefallen in Rußland

Peter Prohmann, Niedergründau
gefallen am 20. Oktober 1915 in Rußland

nämlich jetzt ein Arbeitslager für Kriegsgefangene errichtet. Diese Gefangenen sollen wohl helfen, die Lohnföhrung durchzuführen. Die Herren denken offenbar, haben wir früher Italiener und Kroaten zu Rohndrücken benutzt, so können wir's heute mit Russen und Franzosen versuchen. Die Gerandolung der Gefangenen ist bereits angeordnet. Die Firma Karl Kaiser & Sohn hat an einem Neubau des städtischen Krankenhauses die Feuerungszulage entzogen. Die Arbeiter legten deshalb sämtlich die Arbeit nieder und protestierten gegen diese Maßnahme. Der Bau-führer erklärte den Deuten, an ihre Stelle würden Franzosen treten. Na, so leicht werden's die Herren doch nicht haben. Wir haben das Vertrauen zur Intendantur der Gefangenen-lager des 18. Armeekorps, daß sie in keinem Falle Gefangene als Rohndrücken zur Verfügung stellen wird. Dann wird auch die Firma Kaiser einsehen, daß es klüger ist, an ihre Arbeiter die paar Pfennige Zulage zu zahlen, anstatt den Burgfrieden zu stören.

Der Lischer, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, ist der Ansicht, die Arbeiter hätten den Burgfrieden gebrochen. In seinem Rundschreiben redet er auch von dem Tarifvertrag. Demgegenüber muß aber festgestellt werden, daß sich der Verband des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes bis heute geweigert hat, die wichtigsten Schiedssprüche sowohl der Frankfurter als auch der Zentralinstanz anzuerkennen und den Vertrag für Mitteldeutschland abzuschließen. Dieses Verhalten und die neuesten Beschlüsse des A. G. S. machen es deshalb jedem Unbefangenen klar, wo der Burgfrieden bricht.

Die Bierpreiserhöhung.

Nicht überall vollzieht sich die Bierpreiserhöhung so glatt, wie im Groß-Frankfurter Wirtschaftsgebiet. Während in Frankfurt und Umgebung bei Brauereien und Wirten eine gewisse Harmonie der Interessen zu konstatieren ist, machen anderwärts die Wirte Schwierigkeiten, diese neue Belastung so ohne weiteres auf sich zu nehmen. So wird aus Kassel berichtet:

Eine Versammlung des Mitteldeutschen Gastwirtverbandes, des Biervereins von Kassel und Umgebung, der Freien Gastwirtvereinigung und des Sozialbiervereins von Kassel nahm Stellung gegen die Bierpreiserhöhung. Obwohl die Preisprüfungsstelle im November v. J. die Erhöhung des Bierverkaufspreises um oberhalb 5 Mark, auf 12 Mark, der Hektoliter abgelehnt und das Generalkommando dieses bestätigt hat, steht die Brauereivereinigung den Bierpreis um 2 Mark doch herauf, steht also nicht an den Beschluß der Preisprüfungsstelle. Hiergegen herrschte in der Versammlung nur eine Stimme: entschiedene Ablehnung. Nach längerer Aussprache wurde eine Resolution angenommen, die besagt: „Die heute im „Kleinen Stadtpark“ tagende allgemeine Gastwirt-versammlung will sich nach eingehender Erörterung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Kasseler Gastwirtsstandes die von der Brauereivereinigung von Kassel und Umgebung geplante Bierpreiserhöhung als eine den Gastwirtsstand zugunsten schwerer schädigende Maßregel zurück und bittet das Kgl. Generalkommando des 11. Armeekorps, den durch das Gutachten der Preisprüfungsstelle im November v. J. eingewonnenen Standpunkt auch diesmal beizubehalten und damit das Gastwirtsstand vor weiteren schweren Schädigungen zu bewahren, im Hinblick darauf, daß eine allgemeine Regelung der Bierverkaufspreise durch das Reich bereits in Vorbereitung ist.“

Auch die Kasseler Preisprüfungsstelle befaßte sich mit dieser Sache und gelangte zu dem Beschluß, daß keine Veranlassung vorliege, von dem im November gefaßten Beschluß abzuweichen. Ebenso hat der Bezirksausschuß für Konsumenteninteressen an das stellvertretende Generalkommando die Bitte gerichtet, die Bierpreiserhöhung abzulehnen, einen Höchstpreis in jetziger Höhe festzusetzen und ein Ausfuhrverbot für bestimmte Mengen Bier zu erlassen.

Man sieht, die Kasseler wehren sich viel entschiedener, wie die Frankfurter. In Frankfurt haben es die Brauereien nicht mal für nötig erachtet, die Preisprüfungsstelle vor der Preis-erhöhung zu hören, sondern sie haben sie kurzerhand vor die vollendete Tatsache gestellt. Das Brauereikapital fühlt sich eben in Frankfurt sehr stark, und es weiß auch, daß es zurzeit keinen Bierboykott oder was Ähnliches zu befürchten hat.

Aber schließlich könnten sich die Herren doch verrechnen. Wir glauben nicht, daß die große Zahl der Biertrinker, die sich in früheren Jahren über jede Bierpreiserhöhung gar sehr erregt hat, diese Preiserhöhung so stillschweigend hinnehmen. Wenn jetzt auch kein organisiertes Bierboykott durchführbar ist, so kann doch jeder für sich einen stillen Boykott ausüben, indem er einfach kein Bier mehr trinkt. Und das ist jetzt umso leichter, als ein rechter Genuß beim Bier-trinken überhaupt nicht mehr vorhanden ist, denn was jetzt die Brauereien zusammenbrauen, das hat nur noch eine Ähnlichkeit mit Bier. In Wahrheit ist es eigentlich nur mehr Bierbrühe. Es gibt genug Ersatzmittel für dieses sogenannte Bier.

Bezirksausschuß. Durch Urteil des Bezirksausschusses wurde auf eine Klage des Ortsamtsverbandes Frankfurt der Ortsamts-verband Eschborn verpflichtet, an jenen 110.00 Mark zurückzuerstatten, welche für die Unterstützung der Familie des Maurers C. aus Grödenheim aufgewandt worden sind. Der Kläger machte geltend, für einen erkrankten Sohn von C. seien zur Bekleidung von Kleidern 38 Mark aus öffentlichen Mitteln aufgewandt und damit die Zeit zur Erlangung eines neuen Unterhaltungswohnsitzes unterbrochen worden. — Der Kassierer Adolf Zapfeler in Frankfurt, welcher zuletzt dort ein Café betrieb, sucht neuerdings die Genehmigung zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Brauwein-

ausschank in dem Hause Albrechtsstraße 76. Obwohl er wegen Fuldens von Glücksspiel und wegen Liebertretung der Polizeistunde gerichtlich verurteilt ist, hat der Stadtausschuß in Frankfurt ihm die nachgesuchte Schanklaubnis erteilt, weil er ihm Glauben schenkte, daß es sich um minder schwere Fälle handle. Der Bezirksausschuß verurteilt, unter Aufhebung des Vorbescheides, die Konzession.

Fortbildungskursus für Handwerkerfrauen. Um den Frauen und Töchtern von Handwerkern, die sich im Felde befinden, Gelegenheiten zu geben, sich die erforderlichen Kenntnisse zur Erledigung kaufmännischer Arbeiten in Stellvertretung ihrer eingezogenen Angehörigen anzueignen, werden dieselben zu den von der Handwerkskammer Wiesbaden veranstalteten Fortbildungskursen für die Meisterprüfungen zugelassen. Es wird hierin ein Geschäftsgang für die Buchführung behandelt und die nötigen Erläuterungen über Wechsel, Schenk, über den Verkehr mit der Bank, mit Lieferanten und Kunden gegeben. Außerdem wird das wichtigste aus der Gewerbeordnung, dem Genossenschaftswesen und einiges aus dem gewerblich-kaufmännischen Rechnen durchgenommen. Die Unterrichtsstunden finden an drei Abenden in der Woche statt. Wir machen Handwerkerfrauen und Töchter auf diese außerordentliche Einrichtung aufmerksam. Nähere Auskunft erteilt das Handwerksamt Frankfurt a. M., Seelgasse 33, Zimmer Nr. 14.

Unterstützung für die Kriegserkrankten der organisierten Schuhmacher. Den Frauen der zum Militär eingezogenen organisierten Schuhmacher ist vom Verband eine Weihnachtunterstützung in Höhe von zehn Mark bewilligt worden, die nur noch bis zum 20. Januar ausbezahlt wird. Die Auszahlung erfolgt auf dem Verbandsbureau, Zimmer 24 des Gewerkschaftshauses.

Ausschuß für Volksvorlesungen. Sonntag abend 8½ Uhr spricht im Hörsaal Neue Räume 9 Professor Dr. Künig über „Oesterreich-Ungarn in Vergangenheit und Gegenwart“. Vor und nach dem Vortrag wird Fräulein Thelie Wogner Lieder von Wagner und Brahms und Volkslieder singen.

Theaternachrichten. In Frank Wehling's Schwanke „Der Liebestrank“, der Samstag im Schauspielhaus die Erstaufführung erlebt, partiiert als Hauptkassier Herr Walter Langsch von den Münchener Kammerspielen, dessen Engagement zur Ergänzung des gegenwärtigen Ensembles in Aussicht genommen ist. Die übri-gen Hauptrollen sind besetzt mit den Damen Korn, Ridenbach, Jacobi und den Herren Janssen und Böckl. Leiter der Aufführung ist Herr Intendant Behrend.

Die Direktion des Neuen Theaters teilt mit, daß die am Samstag stattfindende Vorstellung von „Komödie der Worte“ mit Albert und Elise Bastermann als Gast ausnahmsweise um ½8 Uhr beginnt.

Warnung! In letzter Zeit sind mehrmals Schulkinder durch eigenes Verschulden dadurch auf der Straße verunglückt, daß sie sich an fahrende Straßenbahnwagen angeschlossen oder das Trottoir betreten haben, um ein Stück mitzuführen und beim Loslassen oder Abpringen zu Fall gekommen sind. Die Eltern und Erzieher der Schulkinder dürfen den Kindern die juchzenden Folgen dieses Unfalls nachdrücklich und wiederholt vor Augen führen, um sie vor dem Schicksal so vieler Kinder zu bewahren, die im Laufe der letzten Jahre schwer verletzt oder getötet worden sind.

Zusammenstoß. Gestern fuhr ein Motorwagen der Linie 2 an der Ecke Heide- und Berger Straße in einen Motorwagen der Linie 10. Ein Wagen wurde dabei aus dem Geleise gehoben und erheblich beschädigt. Personen wurden nicht verletzt.

Keine Verkaufseinschränkungen. Von der Proffabrik Oskagen, der Hausener Proffabrik und dem Konsum-Verein für Frankfurt a. M. und Umgebung werden wir um Aufnahme dieser Erklärung gebeten: In Nr. 308 Ihres gefälligen Blattes besprechen Sie einen Artikel des „General-Anzeiger“, in welchem ein hiesiger Bäckermeister Mitteilungen über die angeblichen Gründe der schlechten Qualität des Frankfurter Brotes macht. Wir möchten hiermit feststellen, daß die Ausführungen dieses Bäckermeisters jedenfalls auf die hiesigen Proffabriken nicht zutreffen. Dieselben verwenden das Weizenmehl und Roggenmehl genau in der vorgeschriebenen Weise und in den Mengen, welche ihnen von der hiesigen Weizenverteilungstelle zugeteilt werden. Wenn die Qualität des Brotes bisher manchmal zu wünschen übrig ließ, so lag der Grund hierfür in der teilweise schlechten Beschaffenheit des gelieferten Mehles.

Bei der Arbeit verunglückt. Im Westbahnhof stürzte Donnerstag nachmittag der an der neuen Brücke beschäftigte Schlosser Wärgel aus Dortmund ab und wurde schwer am Kopf und an den Beinen verletzt. Er kam ins Bodenheimer Krankenhaus.

Streifenraub. In der Stettenerstraße überfiel an einem der letzten Abende ein Burche eine ältere Dame, riß sie an Robe und raubte ihr die Handtasche. Der Räuber ist unerkannt entkommen.

Vom Frankfurter Schlachtviehmarkt. Zum Verkauf standen am Markt am Donnerstag 35 Ochsen, 3 Bullen, 1012 Kühe, 734 Kälber, 237 Schafe und 329 Schweine. Der Handel war flott, alle Tiere wurden ausverkauft. Für Rinder wurden keine Preise notiert; die für Kälber gingen wieder wesentlich in die Höhe. Erstklassige Mastkälber kosteten 150 bis 160 Mark der Zentner Schlachtgewicht. Geringere Mast- und gute Saug-kälber kosteten 140 bis 145 Mark. Gegenüber den Preisen vom letzten Markt bedeutet das eine Steigerung von 7 bis 10 Mark der Zentner.

Gerichtssaal.

Frankfurter Strafkammer.

Feldbischkäse. Der „Feldbischkäse“ hat im vergangenen Herbst in hoher Blüte gestanden. Viele ernteten, wo sie nicht gesät hatten. Der Händler Martin Kraus hatte sich extra große, sadartige Taschen in seine Kasse einbauen lassen, in denen sich die ansehnlichen Mengen von gefüllten Kartoffeln, Jolieseln, Bohnen, Kohlköpfen, Äpfeln u. m. m. unterbringen ließen. Er und der Scherenscheifer Philipp A. u. m. e. l. zogen der Rab los, wenn sie homstern wollten. Da sie rücksichtslos waren, erkannte die Strafkammer gegen Kraus auf sechs und gegen Kimmel auf drei Monate Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

B. S., Frankfurt. Wenden Sie sich unter Darlegung Ihrer Verhältnisse an die private Kriegsfürsorge, die Ihnen sicher die Hälfte dieser Kosten bezahlt.

G. W., Rotkrich kann das der Kriegssteuerminderer.

A. M. VIII. Wenden Sie sich an das Eisenbahnministerium in Berlin.

D. C. 5. Die Frauen müssen ihre Ansprüche bei der zuständigen Krankenkasse oder beim Bezirksverband geltend machen.

Erfahrungswert in Konstantin. Ihre Anfrage ist unsinnig. Keinen Sie die jüdische oder die Reichsunterstützung?

Feldpost.

Von dem Kalender, den wir der Weihnachtsnummer beigelegt haben, ist noch ein kleiner Vorrat; auf Wunsch senden wir ihn gerne den Genossen ins Feld.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Freitag, 7. Jan., 8 Uhr (Volksvorstellung): „Fulwurm des Scheit“. Samstag, 8. Jan., 7 Uhr (Residenz): „Wo die Schwalben nisten...“. Sonntag, 9. Jan., 14 Uhr: „Die Schöne vom Strande“. Halbe W.

— 48 Uhr: Wo die Schwalben nisten... Montag, 10. Jan., 8 Uhr: Wiederabend (Kammerjägerin Rosetti und Kammerjäger Wolf).

Königliches Theater.

Freitag, 7. Jan., 7 Uhr: „Kinder der Liebe“.